

Kein Uferweg ohne die Gemeinden



Der Zürichsee soll überall für die Bevölkerung zugänglich sein: Das fordern die Befürworter des durchgehenden Seeuferwegs. Eine Umsetzung dieses Vorhabens ist jedoch schwierig. Daran werden auch jährliche Millionenbeiträge des Kantons Zürich für Seeuferweg-Projekte in den Gemeinden nichts ändern. Bild: Simone Brunner

Zürichsee. Die Zürcher Kantonsregierung möchte künftig 4 Mio. Franken pro Jahr in Seeuferweg-Projekte am Zürichsee investieren. Befürchtungen, dass dadurch das Seeufer stark umgestaltet wird, dürften aber unbegründet sein. Denn ohne Zustimmung der Gemeinden und der Bevölkerung wird wenig passieren.

Martin steinegger

4 Mio. Franken: So viel Geld soll in Zukunft jedes Jahr zur Realisierung des Uferweges rund um den Zürichsee zur Verfügung stehen. Zumindest stellen sich die Zürcher Kantonsregierung und der Kantonsrat das so vor (siehe Kasten).

Aber was bedeutet das konkret? Handelt es sich um eine schleichende Gutheissung des Seeuferwegs ohne Rücksicht auf die heutigen Bewohner der Uferpartien? Das befürchten vor allem bürgerliche Kreise. Oder stimmt sogar die Einschätzung der politischen Linken, wonach mit dieser «Light»-Variante die Realisierung des Seeuferwegs in weite Ferne rückt?

Keine «Zwangsbauten»

Die planerische und finanzielle Verantwortung für den Seeuferweg liegt beim Kanton. Das war bisher so, und daran wird sich auch nichts ändern, wenn der 4-Mio.-Franken-Vorschlag dereinst umgesetzt werden sollte. «Der Uferweg um den Zürichsee ist als Kantonsstrasse definiert», sagt Richard Sägesser, Stabsleiter im Amt für Verkehr. Das heisst: Der Kanton kann mit dem für Uferwege budgetierten Geld Projekte ausarbeiten und für deren Umsetzung sorgen. Es können jedes Jahr kleinere Vorhaben unterstützt werden oder das Geld kann über mehrere Jahre hinweg angehäuft und dann in ein grosses Projekt investiert werden. Auf dem Papier kann der Kanton selbst bestimmen, wo und wie Seeuferweg-Projekte realisiert werden.

Angesichts dieser Tatsache könnte einem Villenbesitzer am Zürichsee nun tatsächlich angst und bange werden. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich aber, dass diese Angst wohl unbegründet ist. Das hat mehrere Ursachen. Zunächst ist die Budgetkompetenz des Amtes für Verkehr stark begrenzt. Wenn ein Projekt mehr als 3 Mio. Franken kostet, muss es zwangsläufig vom Kantonsrat bewilligt werden. Es durchläuft also die politischen Mühlen mit allen dazugehörenden Verzögerungen und Einsprachemöglichkeiten.

Noch entscheidender ist aber, dass der Kanton in Eigenregie wohl kaum Seeuferwegbauten durchboxen wird. Um Projekte wie den Uferweg zu realisieren, die den Kompetenzbereich von Kanton und Gemeinden überschneiden, ist Zusammenarbeit nötig. «Wenn wir am Zürichseeufer etwas bauen, dann geschieht das stets in Absprache mit den Standortgemeinden», sagt Richard Sägesser. Ein «Zwangsbau» über die Köpfe von Bevölkerung und Gemeinden hinweg sei politisch kaum denkbar. Zu viel Geschirr würde dabei zerschlagen. Richard Sägesser betont: «Die Projekte müssen auch einem lokalen Interesse entsprechen.»

Die Signale von Seiten des Kantons sind also klar: Ohne Zustimmung der Gemeinden geschieht nichts. Das hat aber nicht nur mit demokratischer Nettigkeit zu tun. Auch die Finanzen spielen eine Rolle. Der Bau eines Seeuferwegs ist teuer. Allein das Teilstück, das derzeit am linken Seeufer zwischen Richterswil und Wädenswil gebaut wird, dürfte wohl mehr als 8 Mio. Franken kosten.

Angesichts dessen ist der jährlich vorgesehene Uferweg-Beitrag von 4 Mio. Franken mickrig, vor allem wenn man bedenkt, dass dieser für Projekte am ganzen See reichen muss. Der Kanton braucht also die Gemeinden zur Mitfinanzierung. Genauso ist es beim Teilstück zwischen Wädenswil und Richterswil gelaufen. Die beiden Gemeinden beteiligen sich mit je 0,6 Mio. Franken an den Kosten, worüber die Bevölkerung in Richterswil und Wädenswil abstimmen konnte. Solche Kooperationsmodelle werden beim Bau von Uferwegen am Zürichsee auch zukünftig nötig sein.

«Da und dort» etwas machen

In den Gemeinden am Zürichsee sieht man das genauso. «Der Kanton mag Bauherr sein aber die Gemeinden und die Bevölkerung haben ein wichtiges Wort mitzureden», sagt Urs Mettler, Gemeindepräsident von Uetikon am See. Projektvorschläge müssten «genau angeschaut» und diskutiert werden. Dass das Zürichseeufer durch die Einrichtung des jährlichen Uferweg-Beitrages gleich umgekrempelt würde, sei eine Illusion, sagt Mettler. Es laufe wohl darauf hinaus, dass «da und dort» etwas realisiert werden könne. Ganz nach dem Motto: Möglichst viel Ertrag mit möglichst wenig Aufwand und wenig Aufregung in der Bevölkerung.

Der Thalwiler Gemeindeingenieur Roman Ebnetter bringt die Haltung in den Gemeinden auf den Punkt: «Das wird keine zusätzliche Hektik auslösen.» Vieles sei im Rahmen der Richtplanung bereits mit dem Kanton vorbesprochen. Im Falle von Thalwil sei ohnehin praktisch das ganze Gebiet dem See entlang zugebaut. Da könne auch der Kanton nicht viel machen, sagt er.

Fazit: Ein fixer kantonaler Budgetposten «Seeuferweg» würde die Zürichseelandschaft wohl nicht dramatisch umgestalten. Für die Gemeinden würden sich jedoch neue Möglichkeiten eröffnen. Jede Gemeinde hat entlang ihres Seeanstosses wohl das eine oder andere Verschönerungsoder Sanierungsprojekt, das sie gerne umsetzen möchte. Da käme das Geld wie gerufen. Ob das am Ende dem ursprünglichen Sinn und Zweck das Ganzen entspricht, sei mal dahingestellt.